



FragDenStaat.de

Jahresbericht



Inhalt

Grußwort	4
Einleitung	6
Politische Stimmen zur Informationsfreiheit und FragDenStaat	7
Gesetzeslage in Bund und Ländern	10
Ausgewählte IFG-Anfragen 2015	12
(Politischer) Status FragDenStaat 2015	14
Ausblick 2016	18
Partner.....	19
Impressum.....	20

Grußwort



Dr. Alexander Dix, LL.M.,
ehem. *Berliner Beauftragter für*
Datenschutz und Informationsfreiheit

Was verbirgt sich hinter dem Kürzel „SISI“? In Deutschland und Österreich wird dabei meistens Kaiserin Elisabeth von Österreich (besser bekannt als „Sissi“) assoziiert, anderswo vielleicht der ägyptische Staatspräsident Al-Sisi. Weniger bekannt ist, dass das Akronym „SISI“ für das elektronische System steht, das das mexikanische Bundesinstitut für Transparenz, Informationszugang und Datenschutz (INAI) schon 2003 entwickelt hat, um Antragstellern die Möglichkeit zu geben, den Stand der Bearbeitung ihrer Anträge auf Informationszugang online zu überprüfen. Insofern ist SISI ein Vorläufer für Plattformen wie das britische „whatdotheyknow.com“ und „FragDenStaat“.

Die Informationsbeauftragten in Großbritannien und Deutschland haben bisher keine vergleichbare Möglichkeit wie in Mexiko geschaffen, den Stand der Bearbeitung von Anfragen oder Beschwerden elektronisch transparent zu machen. Umso wichtiger ist eine zivilgesellschaftliche Plattform wie fragdenstaat.de, zumal sie nicht nur öffentlich macht, wann und wie Beschwerden bei den Informationsfreiheitsbeauftragten des Bundes und der Länder beantwortet werden.

Auf FragDenStaat kann man darüber hinaus feststellen, welche Anfragen bei den Behörden des Bundes und der Länder gestellt worden sind sowie ob und wann

sie auf welche Weise beantwortet werden. Im Fokus sind also zunächst die zur Information verpflichteten öffentlichen Stellen, die möglicherweise folgende Korrespondenz mit dem oder der zuständigen Informationsfreiheitsbeauftragten wird zusätzlich erkennbar. Nach anfänglichem „Fremdeln“ und nach der Klärung datenschutzrechtlicher Fragen begreifen die meisten Informationsfreiheitsbeauftragten fragdenstaat.de inzwischen als Bündnispartner, der einen wesentlichen Beitrag zur Bekanntmachung und bürgerfreundlichen Inanspruchnahme der in Deutschland noch jungen Informationsfreiheits- und Transparenzgesetze leistet.

Dabei sind stets die Unabhängigkeit der Informationsfreiheitsbeauftragten und ihre von einer zivilgesellschaftlichen Organisation zu unterscheidenden Aufgaben zu berücksichtigen. Die Informationsfreiheitsbeauftragten tun zwar im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten alles, um auf die bürgerrechtlichen Einwirkungsmöglichkeiten hinzuweisen, die den Menschen durch die Informationsfreiheitsgesetze in den meisten Bundesländern (nur Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Sachsen haben noch kein Informationsfreiheitsgesetz) eröffnet werden. Das genügt aber nicht, um das volle Potenzial von Informationszugangs- und Transparenzrechten auszuschöpfen. Hier erfüllt die Plattform fragdenstaat.de eine wichtige Katalysator-Funktion.

Diese Funktion wird auch in der jetzt beginnenden nächsten Phase der Entwicklung des Informationsrechts nicht an Bedeutung verlieren. Hamburg und neuerdings Rheinland-Pfalz haben Transparenzgesetze verabschiedet, die die Behörden dieser Länder zu proaktiven Veröffentlichung von Informationen verpflichten, ohne dass es eines Antrags von Bürgern bedürfte.

Auch wenn dieser Paradigmenwechsel von der staatlichen Information als „Hol-schuld“ zur „Bringschuld“ zu begrüßen ist, werden klassische Informationsansprüche, wie sie die Informationsfreiheitsgesetze bisher schon vorsehen, und damit auch eine Plattform wie fragden-staat.de keineswegs überflüssig. Denn es ist zwar ein wesentlicher Fortschritt, wenn Behörden zur Veröffentlichung von bestimmten Unterlagen verpflichtet werden, wie dies durch das Volksbegehren 2011 auch in Berlin durchgesetzt

wurde. Aber daneben muss jeder Einzelne das Recht behalten, genauer nachzufragen und die Offenlegung bestimmter Informationen, die nicht unter die Veröffentlichungspflicht fallen, zu verlangen. Nur im Zusammenspiel von gesetzlichen Publikationspflichten und der Offenlegung von Detailinformationen auf Antrag wird die gebotene Transparenz einer demokratischen Verwaltung sichergestellt.

Einleitung



Arne Semsrott,
Projektleiter
FragDenStaat

Die Bedeutung von FragDenStaat für die Informationsfreiheit in Deutschland steigt jedes Jahr. Mehr als 4.000 Anfragen erreichten Behörden im Jahr 2015 über die Online-Plattform. Damit gehen auf Bundesebene deutlich mehr als die Hälfte aller Anfragen aus der Bevölkerung an Ministerien und ihre Geschäftsbereiche, in manchen Bundesländern liegt die Quote noch deutlich höher.

Trotzdem erschweren viele Behörden weiterhin, wie auch in den letzten Jahren, den Zugang zu Informationen. Zu nennen sind dabei vor allem überhöhte Gebührenforderungen, verzögerte Verfahren und vor allem bei manchen Ministerien die Weigerung, Anfragen per E-Mail über FragDenStaat zu beantworten.

Wir freuen uns aber auch über viele positive Entwicklungen im Bereich der Informationsfreiheit: Rheinland-Pfalz hat nach Hamburgs Vorbild ein Transparenzgesetz eingeführt, Thüringen plant dies ebenfalls. In den Ländern mit Transparenzgesetz zeigt sich regelmäßig, dass Behörden bürgerfreundlicher, schneller und offener reagieren als in anderen Bundesländern.

Im Jahr 2016 feiern wir übrigens nicht nur das zehnjährige Jubiläum des deutschen Informationsfreiheitsgesetzes, sondern auch den 250. Geburtstag des schwedischen Pendant, dem “Tryckfrihetsförordningen”. Das sollten wir nutzen, um auf die Bedeutung der Informationsfreiheit für Transparenz und Bürgerbeteiligung hinzuweisen und für eine weitere Stärkung der Informationsfreiheit in Deutschland zu werben.

Politische Stimmen zur Informationsfreiheit und FragDenStaat



Peter Schaar, *Vorsitzender Europäische Akademie für Informationsfreiheit und Datenschutz, Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit a.D.*

„Wem beim Thema Internet nur technokratische oder wirtschaftliche Aspekte einfallen, der hat nichts vom demokratischen Potential verstanden, das vielen neuen Technologien innewohnt. Eine lebendige und demokratische Informationsgesellschaft lebt vom aktiven Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Projekte wie FragDenStaat leisten dazu einen wichtigen Beitrag.“

Günter Bartsch, *Geschäftsführer netzwerk recherche*

„In Behörden und Ministerien prägt das „Amtsgeheimnis“ oft nach wie vor die Kultur der Verwaltung und die Denkweise der Mitarbeiter. Journalisten durchbrechen diese Mauern des Schweigens. Sie berufen sich auf Auskunftsansprüche – und müssen diese regelmäßig auch vor Gericht durchsetzen. Ohne das Informationsfreiheitsrecht wäre das in vielen Fällen nicht möglich. FragDenStaat erleichtert den Zugang für Nichtjuristen – und macht damit die Informationsfreiheit sichtbar und greifbar.“



Dr. Christian Humborg, *Geschäftsführer CORRECT!V*

„FragDenStaat ist ein zutiefst emanzipatorisches Projekt. Es ermöglicht Menschen, Dinge von Behörden zu erfragen, die sie und ihr Leben betreffen. Das ist Demokratie und das ist nicht nur in diesen Zeiten etwas, wofür es lohnt sich einzusetzen.“



Hans-Martin Tillack, *investigativer Journalist beim Stern*

„Die Forderung nach Informationsfreiheit, nach dem Zugang zu internen Unterlagen von Behörden – das gilt manchen Beamten und Politikern immer noch als eine Art Majestätsbeleidigung. Je mehr Menschen dieses Recht dennoch in Anspruch nehmen, je selbstverständlicher Informationsfreiheit wird, desto mehr werden diejenigen in den Ministerien und Ämtern umlernen müssen, die weiterhin glauben, Behördenakten seien so etwas wie ihr Privatbesitz. Denn sie sind es nicht. Die Verwaltung arbeitet für die Bürger. Deshalb brauchen die Bürger Kontrollrechte. Und darum ist ein Projekt wie FragDenStaat so wichtig.“



Edda Müller, *Vorsitzende von Transparency International Deutschland*

„Transparency Deutschland unterstützt FragDenStaat, weil Informationsfreiheit eines der mächtigsten Werkzeuge gegen intransparente Entscheidungen von Regierungen und Verwaltungen sowie Korruptionsgefahren ist. Durch FragDenStaat wird dieses Instrument für viele Bürger handhabbar und nutzbar – daher ist das Portal für die Korruptionsbekämpfung in Deutschland so hilfreich.“



Josef Barth, Vorstand Forum Informationsfreiheit (FOI)

„Österreich ist das einzige Land Europas, in dem das Amtsgeheimnis noch in der Verfassung steht - und liegt im internationalen Right to Information-Ranking auf dem weltweit letzten Platz. Sogar Konzerne dürfen sich hier hinter dem Datenschutz verstecken.

Die öffentliche Verwaltungskultur steckt immer noch im Monarchie-Prinzip fest: Information gilt als Herrschaftswissen. Das Amt betrachtet Auskunft als Almosen an den Anfragenden.

Wer in Österreich eine Frage an eine Behörde hat, bekommt meist zwei Gegenfragen gestellt: Erstens, wer sind Sie eigentlich? Und zweitens, warum wollen Sie das wissen? Für einen demokratischen Staat muss beides irrelevant sein: Es muss reichen Bürger zu sein, um wissen zu dürfen.

FragDenStaat hat der Ohnmächtigkeit des Einzelnen die Unterstützung der Öffentlichkeit verliehen. Es hat dem Hörensagen eine Ende gemacht, in dem es schriftliche Dokumente einfordert, und thematisiert das Schweigen in aller Öffentlichkeit, falls eine Behörde es dennoch mit Verheimlichung versucht.

Damit hilft FragDenStaat den BürgerInnen ihre Rechte durchzusetzen und zwingt die Behörden sich an die Gesetze zu halten. Ein wichtiger Beitrag zum Rechtsstaat, der gar nicht genug gewürdigt werden kann. Mit bestem Dank von FragDenStaat.at aus Österreich für die tolle Kooperation!“



Sven Becker, Redakteur beim SPIEGEL

„Informationsfreiheitsgesetze sind die Informanten von heute. Mit ihrer Hilfe können Journalisten selbstbestimmt recherchieren. Gerade jüngere Journalisten, die noch keine Netzwerke aufgebaut haben, profitieren davon. FragDenStaat macht es möglich, dass wir unsere Anfragen schnell und reibungslos abschicken können. Ein Angebot, das schon jetzt die Medienlandschaft verändert hat.“

Helen Darbshire, Executive Director Access Info Europe

“Civic tech request platforms such as the excellent FragDenStaat have three important benefits. First, they lower the psychological barrier to exercising the right to information by making it easy to ask. Second, they gather data on the nature of responses and denials, rendering transparency levels of government compliance with the right. Third, they put information that has been released within reach of all of society.”





Martin Delius, *Vorsitzender der Piratenfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin*

“Informationsfreiheit ist für die demokratische Gesellschaft in etwa so wichtig wie ein freies und gleiches Wahlrecht zur demokratischen Repräsentation. Demokratie lebt vom Mitmachen, Mitreden und Mitentscheiden. Das entscheidende Kriterium für den Erfolg dabei ist der Informationsstand der Teilnehmenden. Niemand kann erwarten, dass Menschen ohne ausreichende Informationen über den Staat vernünftig urteilen können. Damit Wahlbeteiligung gesteigert und öffentliche Diskurse versachlicht werden können, muss die Befreiung von Informationen möglichst einfach sein. Dazu trägt FragDenStaat in herausragender Weise bei. Das Ziel muss aber sein, dass Informationsfreiheit zur alltäglichen Aufgabe öffentlicher Verwaltung wird und nicht nur auf Anfrage scheinbar gewährt wird.“

Leonhard Dobusch, *Professor für Organisationstheorie an der Universität Innsbruck*

“Das geschriebene Recht und die Rechtspraxis klaffen bisweilen stark auseinander. Für Informationsfreiheitsgesetze (IFGs) gilt das genauso. Rechte zur öffentlichen Einsicht in Dokumente und Akten der öffentlichen Verwaltung können erst dann ihr aufklärerisches Potential entfalten, wenn ihre Wahrnehmung praktikabel und niederschwellig ist. Ein Portal wie FragDenStaat hilft hier gleich doppelt: es vereinfacht IFG-Anfragen und schafft gleichzeitig ein öffentliches Archiv, dessen Bedeutung über die einzelnen Anfragen hinausgeht. Erst FragDenStaat macht aus bloßem Recht eine gelebte Praxis der Informationsfreiheit.“



Gregor Hackmack, *Geschäftsführer change.org*

“FragDenStaat ist zu einem unverzichtbaren Instrument der deutschen Bürgergesellschaft geworden. Nie war es einfacher, sein Recht auf Transparenz in Regierung und Verwaltung wahrzunehmen.“

Dr. Till Kreutzer, *Rechtsanwalt und Partner iRights*

„Informationsfreiheit ist für die demokratische Gesellschaft wichtig, weil sie Transparenz im Verhältnis zwischen Bürger*innen und dem Staat schafft. Die Möglichkeit, sich auch über interne staatliche Prozesse und Vorkommnisse zu informieren, fördert die Meinungsfreiheit, eine weitergehende Kontrolle durch die Bevölkerung und die Pressefreiheit. Portale wie FragDenStaat sind von großer Bedeutung, weil sie die Abläufe vereinfachen und es jedem ermöglichen, Informationsfreiheitsrechte überhaupt wahrzunehmen. Dies wirkt unter anderem Informationsasymmetrien entgegen, also dem unerwünschten Effekt, dass „Normalbürger“ von der Wahrnehmung ihrer Rechte ausgeschlossen sind, weil die Systeme so komplex sind, dass sie nur von Profis in Anspruch genommen werden können.“



Gesetzeslage in Bund und Ländern

Auf Bundesebene war 2015 vor allem die Neufassung der Informationsweiterverwendungsgesetzes (IWG) von Bedeutung für die Informationsfreiheit. Diese besagt, dass Dokumente, die nach dem Informationsfreiheitsgesetz herausgegeben werden, auch weiter genutzt werden können, sofern nicht Urheberrechte von Dritten entgegenstehen. Das bedeutet vermutlich, dass der Bund zukünftig nicht mehr die Veröffentlichung von öffentlichen Dokumenten mit der Begründung des Urheberrechts verhindern kann.

Baden-Württemberg hat Ende 2015 ein eigenes Landesinformationsfreiheitsgesetz (LIFG) vorgelegt. Es ist das schwächste Gesetz seiner Art in Deutschland und sieht unter anderem viele Ausnahmetatbestände und keine Kostendeckelung vor.

Zwar hat **Bayern** weiterhin kein eigenes IFG. Dafür haben sich inzwischen etwa 70 Kommunen eigene Informationsfreiheitssatzungen gegeben, nach denen Bürgerinnen und Bürger dort Informationen anfragen können. Alle größeren Städte gehören dazu.

Trotz weiterer Initiativen aus der Opposition hat die Regierung in **Berlin** auch 2015 kein Interesse an einem Transparenzgesetz gezeigt. Das jahrelang versprochene E-Government-Gesetz ist weiterhin in der Schwebe.

In **Brandenburg** konnten 2015 keine Initiativen zur Informationsfreiheit erkannt werden.

Bremen hat sein Informationsfreiheitsgesetz (BremIFG) 2015 reformiert. Amtliche Informationen und Dokumente, wie z.B. Gutachten, Subventions- und Zuwendungsvergaben, wesentliche Unternehmensdaten städtischer Beteiligungen, Handlungsempfehlungen, Statistiken und Berichte müssen künftig in einem frei und kostenlos zugänglichen Informationsregister veröffentlicht werden. Auch Verträge der Daseinsvorsorge sowie Verträge der öffentlichen Hand und Vergütungsverträge über Gutachten (ab einer bestimmten Summe) sind öffentlich zugänglich.

Der Chaos Computer Club hat 2015 Klage gegen die Industrie- und Handelskammer in **Hamburg** eingereicht. Sie weigert sich, wie auch andere öffentliche Stellen der sogenannten mittelbaren Staatsverwaltung, sich den Veröffentlichungspflichten des Hamburger Transparenzgesetzes zu beugen.

Trotz der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Zusicherung für die Schaffung eines Informationsfreiheitsgesetzes in **Hessen** hat Schwarz-Grün bisher keinen ernsthaften Schritt unternommen, um das Vorhaben durchzusetzen.

Mecklenburg-Vorpommern bleibt weiterhin das einzige Bundesland, dass IFG-Anfragen regelmäßig nur per Post, nicht jedoch per E-Mail zulässt.

In **Niedersachsen** gibt es einen ersten Referentenentwurf für die Schaffung eines Informationsfreiheitsgesetzes. Dieser soll 2016 weiter besprochen werden.

Die Planung für ein Transparenzgesetz in Nordrhein-Westfalen hat 2015 vorerst keine konkrete Form angenommen.

Rheinland-Pfalz hat 2015 als erster Flächenstaat Deutschlands ein Transparenzgesetz eingeführt. Der begrüßenswerte Schritt hat Vorbildfunktion für andere Bundesländer, wenngleich die Ausnahme von Hochschulen und Kommunen von der Veröffentlichungspflicht das positive Gesamtbild trübt.

Aus dem **Saarland** sind seit der positiv verlaufenen Evaluation des Landesinformationsgesetzes keine Entwicklungen im Bereich der Informationsfreiheit bekannt.

Die schwarz-rote Koalition hat in **Sachsen** die Schaffung eines Informationsfreiheitsgesetzes im Koalitionsvertrag vereinbart. Wie weit dieser Prozess fortgeschritten ist, ist nicht bekannt.

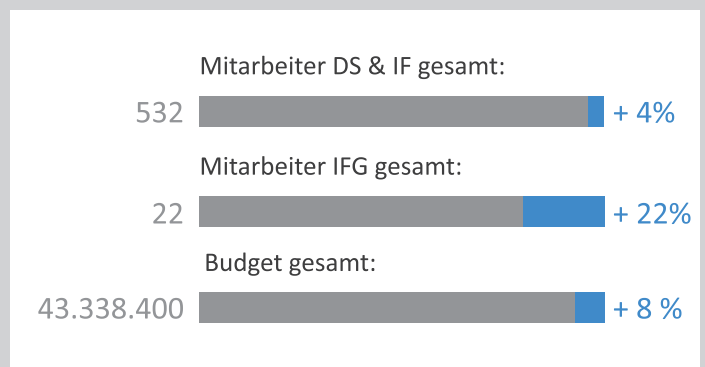
Aus **Sachsen-Anhalt** und Schleswig-Holstein sind keine aktuellen Entwicklungen bekannt.

Die rot-rot-grüne Koalition in **Thüringen** hat die Schaffung eines Transparenzgesetzes im Koalitionsvertrag vereinbart. Ein erster Entwurf soll 2016 veröffentlicht werden.

Ausstattung der IFG-Referate:

Die Ausstattung der Bundes- und Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit hat in den letzten Jahren zugenommen. Angesichts der verstärkten Inanspruchnahme der Behörden sind vielerorts jedoch weiterhin nicht ausreichend Finanz- und Personalmittel vorhanden, um bei Fragen zur Informationsfreiheit effektiv arbeiten zu können.

(Entwicklung von 2015 zu 2014)



Pressemitteilungen der Bundesbeauftragten für Daten- schutz und Informa- tionsfreiheit 2015 zu	Pressemitteilungen der Bundesbeauf- tragten für Daten- schutz und Informa- tionsfreiheit 2015 zu
Datenschutz:	Informationsfreiheit:
28	0

Ausgewählte IFG-Anfragen 2015

10.01.2015: Verfahrensbeschreibung für die personenbezogene Datenerhebung beim Personalärztlichen Dienst
<https://goo.gl/SIAuWV>

10.01.2015: Link zum Brief des Parlamentarischen Staatssekretärs Ulrich Kelber (BMJV) an Facebook bezüglich der neuen Datenrichtlinie
<https://goo.gl/OU4buQ>

26.01.2015: Die Vorschrift, nach der Polizeibeamte in Brandenburg während ihres Dienstes für Bürger per Zahlencode eindeutig identifizierbar sein müssen.
<https://goo.gl/R0gYNj>

07.02.2015: Link zum Mängelbericht zum Schützenpanzer „Puma“.
<https://goo.gl/ZERSt9>

07.02.2015: Ministervorlage & Zusage des Umweltministeriums zur Akteneinsicht in den Brandbrief, in welchem mehrere Mitarbeiter des Fachreferats RS I,3 vor den rechtlichen und finanziellen Risiken des AKW-Moratoriums
<https://goo.gl/D1Svji>

08.02.2015: Eine Kostenstudie zum Breitbandausbau vom August 2013
<https://goo.gl/tf2FS8>

08.02.2015: Die Bundeswehr investierte 2014 21.604 Euro in Personalwerbung in TV, Print, Online und Out of Home-Medien.
<https://goo.gl/FXokrO>

19.02.2015: Das Dokument „Russische Behauptungen - unsere Antworten“ des Auswärtigen Amtes.
<https://goo.gl/U6uWE7>

18.03.2015: Gutachten über die AKW-Rückstellungen der Energiekonzerne
<https://goo.gl/MqA60L>

28.03.2015: 2014 hat Deutschland 50,6 Mrd. Euro Zinsen für 2,168 Billionen Euro Staatsschulden gezahlt.
<https://goo.gl/bsk73y>

31.03.2015: Arten und Anzahl der Cyber-Attacken auf Behörden und öffentliche Stellen in den Jahren 2013 und 2014
<https://goo.gl/XUEvOf>

08.04.2015: Aktuell sind nur 2 von 40 Webauftritten der Bundesregierung und nachgeordneter Bundesbehörden standardmäßig verschlüsselt - Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung lässt die Umsetzung auf Verschlüsselung durch seinen Dienstleister prüfen.
<https://goo.gl/0us6vk>

08.04.2015: Oberhausen fördert nicht den Breitbandausbau - das macht hier die Telekom AG allein.
<https://goo.gl/fuHHhO>

09.04.2015: Begründung der Absage der Stadtverwaltung Bayreuth an die AfD, die Stadthalle für einen Vortrag zu mieten.
<https://goo.gl/tFlnC1>

10.04.2015: „Letter of Intent“ zur Partnerschaft zwischen Microsoft und Land Sachsen-Anhalt im Bildungsprojekt STARK III
<https://goo.gl/eqVBEY>

18.04.2015: Der Aktionsplan zur Notstromversorgung der deutschen Atomkraftwerke (AKW)
<https://goo.gl/2QawnA>

18.04.2015: Deutschland beteiligt sich 2015 mit 30 Mrd. Euro an der Finanzierung von FRONTEX
<https://goo.gl/NJhoKV>

19.04.2015: Die Kosten, die Deutschland durch ausländische Militärbasen in Deutschland trägt, haben sich innerhalb der letzten 5 Jahre von 45,8 Mio auf 51,5 Mio erhöht.
<https://goo.gl/k4kPED>

28.04.2015: Eine Karte zur Internetversorgung in Deutschland
<https://goo.gl/YCMhdc>

01.05.2015: Wer hilft Deutschland bei der Abschiebung? Liste der Länder mit „Abkommen zur Erleichterung der Rückkehr ausreisepflichtiger Ausländer“
<https://goo.gl/7IIMsS>

01.05.2015: Der Trojaner-Leitfaden mit dem Titel „Bedrohung der Informationssicherheit durch den gezielten Einsatz von Schadprogrammen“ für IT-Sicherheitsbeauftragte und -Anwender
<https://goo.gl/fyejYW>

01.05.2015: Das BMWi hat in der 18. Legislaturperiode bislang drei Beratungsleistungen zur Gesetzgebung von Anwälten in Anspruch genommen.
<https://goo.gl/6Rhmnw>

01.05.2015: Es hat 50.000 Euro gekostet, den Landkreis Soltau-Fallingb. in Heidekreis umzubenennen.
<https://goo.gl/Mgs1hN>

01.05.2015: Werden für die KFZ der Finanzbehörde Hamburg Rundfunkbeiträge gezahlt?
<https://goo.gl/Og0GyW>

01.05.2015: Eine Übersicht der Standardausrüstung der Polizei
<https://goo.gl/5XUTzi>

01.05.2015: UFOs in... äh, über der EU? Die Europäische Union und ihr Umgang mit dem Thema „unidentifizierbare fliegende Objekte“
<https://goo.gl/H201tS>

01.05.2015: Der städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt Hamburg und der Firma Plambeck zu „Schnelsen 79“
<https://goo.gl/5RHWWA>

01.05.2015: Statistiken der Kontaktaufnahmen zur „Beratungsstelle Radikalisierung“ beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
<https://goo.gl/t4vXpr>

01.05.2015: Kosten für die Entwicklung der Regierungs-App „Bundesregierung“ 2014: Knapp 300.000 Euro. Kosten für den Pre-Test 2013: 26.656 Euro.
<https://goo.gl/106QDO>

01.05.2015: Kosten, die dem Landtag NRW für die Veranstaltung „Närrischer Landtag 2015“ entstanden sind: 75.700 Euro. Anteil Sponsorengelder daran: 36.200 Euro.
<https://goo.gl/8ITEJH>

06.05.2015: *Schriftverkehr zur Berichterstattung über Qualität der Heckler & Koch-Ausstattung der Bundeswehr und mögliche Ausspähung der Journalisten durch den MAD*
<https://goo.gl/Kxl5ot>

09.05.2015: *Dürfen Lokführer während der Arbeit mit dem Handy telefonieren? Ja!*
<https://goo.gl/og0USk>

09.05.2015: *Die Kosten für proprietäre Software im Bundesministerium für Bildung und Forschung beliefen sich im Jahr 2014 auf 1,7 Mio. Euro. Kosten für Open Source Software: 0 Euro.*
<https://goo.gl/erzY4U>

12.05.2015: *Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur RLP zahlte im Jahr 2015 347.680 Euro anteilig zur Durchführung des Schulfernsehens.*
<https://goo.gl/0dXYN3>

13.05.2015: *„Der Wirtschaft könnten durch die Einführung der europäischen Datenschutz-Grundverordnung etwa 2,73 Milliarden Euro an zusätzlichem jährlichem Erfüllungsaufwand entstehen.*
<https://goo.gl/xNF9sy>

19.05.2015: *Im Juni 2015 gab es eine einzige E-Mail-Adresse für das gesamte BMI, mittels derer PGP-verschlüsselt kommuniziert werden konnte.*
<https://goo.gl/lxZtPa>

31.05.2015: *Anzahl der Flüchtlinge und Kosten für die Unterbringung in Berlin sowie Rückreise 2013 und 2015*
<https://goo.gl/Y6fW8j>

13.06.2015: *Die Analyse der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags zur rechtlichen Bewertung der Einsetzung eines Ermittlungsbeauftragten für die Selektorenliste im BND/NSA-Untersuchungsausschuss*
<https://goo.gl/7K3zDI>

17.06.2015: *Der „Tag der Bundeswehr“ kostete 2015 etwa 2.357 Euro - Fotos Minderjähriger mit Waffen sind erlaubt.*
<https://goo.gl/5rRAIZ>

11.07.2015: *Was bekommen Honorarkonsuln?*
<https://goo.gl/hFzJQX>

14.07.2015: *Rund 80.000 Euro für G7- und G8-Logos*
<https://goo.gl/ekAeqz>

23.07.2015: *Zum Status der Anwendbarkeit des Völkerrechts auf Cyber-Angriffe*
<https://goo.gl/3tSF2Y>

23.07.2015: *Was darf die Polizei bei Twitter?*
<https://goo.gl/T79Zvc>

23.07.2015: *Gutachten zur Rechtmäßigkeit der Polizeiarbeit in sozialen Medien*
<https://goo.gl/kgavK3>

23.07.2015: *Das Gutachten zur Vereinbarkeit des PKW-Maut-Gesetzes mit europäischem Recht*
<https://goo.gl/bP8IRs>

06.08.2015: *Wer genehmigt Dienstreisen von Regierungsmitgliedern und was darf wie abgerechnet werden?*
<https://goo.gl/14Avnn>

06.08.2015: *Ist eine Ausdehnung des Bundeswehr-Einsatzes in Mali geplant?*
<https://goo.gl/gGy2jI>

06.08.2015: *Die EU hat bereits Freihandelsabkommen mit diesen 31 Ländern geschlossen*
<https://goo.gl/UwOpcA>

11.08.2015: *Der Deutsche Bundestag verfügt über 71 Webdomains, die Kosten hierfür haben sich von 2013 auf 2014 um etwa 25 Prozent erhöht*
<https://goo.gl/2bG18O>

22.08.2015: *Der Ministerpräsident von RLP a.D. Kurt Beck erhält noch bis Mai 2016 pro Jahr 23.000 Euro für Sach- und Reisekosten.*
<https://goo.gl/hJ0rcE>

26.08.2015: *Das hier plante das BMI im Sommer 2015 zur Eindämmung der Asylummigration*
<https://goo.gl/O5skxf>

05.09.2015: *Werden die Auswirkungen des TTIP-Abkommens auf die Entstehung und Verstärkung von Flüchtlingsbewegungen in Richtung Europa eigentlich geprüft? Klar.*
<https://goo.gl/P2MNLv>

12.09.2015: *„Mängelliste“ der EU-Kommission zum Gesetzentwurf des BMJV zur VDS*
<https://goo.gl/cs5Lgf>

13.09.2015: *Anordnung des Polizeipräsidiums zur Einstellung des Bahnverkehrs Deutschland - Österreich am 13. September*
<https://goo.gl/4PzWKT>

17.09.2015: *Mindestanforderungen an das IoT: Eckpunkte für Identitätssicherheitsgesetz*
<https://goo.gl/lxhFME>

07.10.2015: *Strafverfahren und Asylverfahren von Flüchtlingen werden getrennt behandelt und ein Strafverfahren gegen einen Flüchtling hat unter Umständen Auswirkungen auf dessen Asylantrag.*
<https://goo.gl/7AiooW>

10.10.2015: *Dürfen verdeckte Ermittler Sex zur Informationsgewinnung einsetzen?*
<https://goo.gl/Oi12QA>

24.10.2015: *Alle Informationen zum Vertriebsverbot der Sammelpublikation „Ökonomie und Gesellschaft“ der Bundeszentrale für politische Bildung durch das BMI*
<https://goo.gl/EYmpo7>

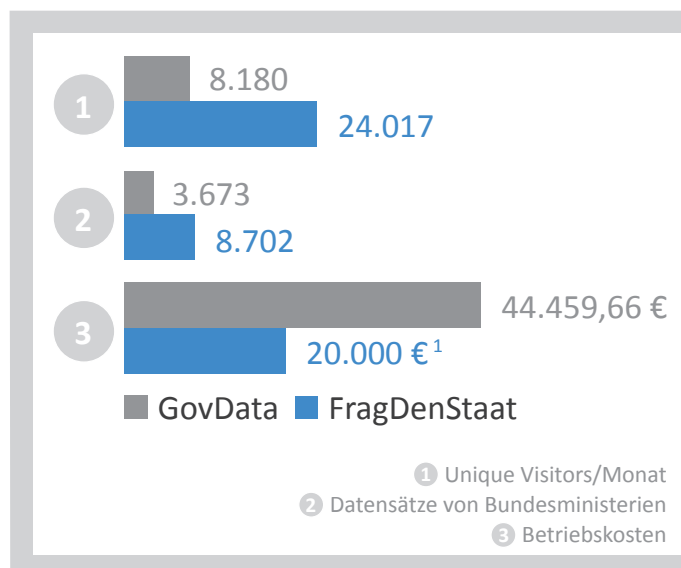
25.10.2015: *Einsatz von Soldaten am Lübecker Landesamt für Ausländerangelegenheiten*
<https://goo.gl/1AOaqp>

24.11.2015: *Dienstanweisung und Fragenkatalog zur Befragung Asylsuchender*
<https://goo.gl/202079>

(Politischer) Status FragDenStaat 2015

Vergleich FragDenStaat zu GovData

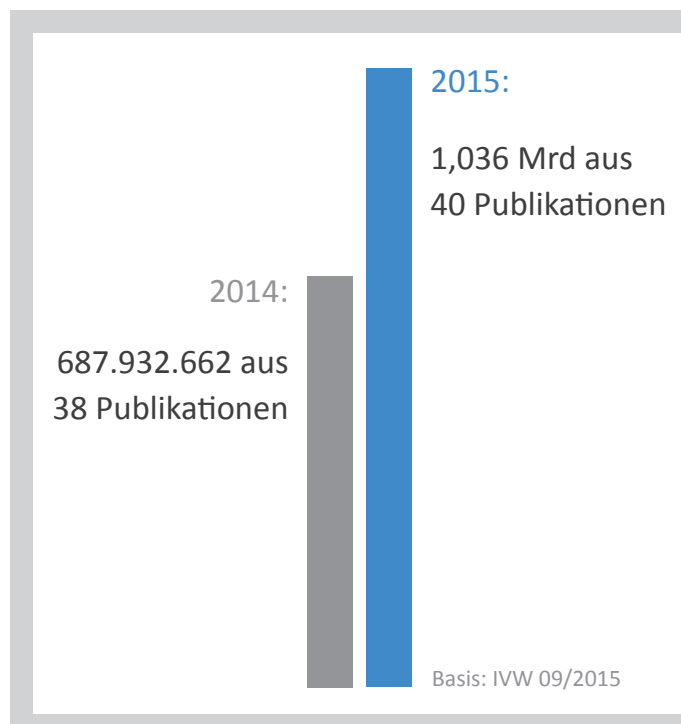
GovData ist eine Anwendung des IT-Planungsrates und wird getragen vom Bund, vertreten durch das Bundesministerium des Innern und den Bundesländern. Über GovData bieten öffentliche Stellen aus Bund, Ländern und Kommunen Daten der Verwaltung an. Die Aufgaben und Ziele von GovData decken sich teilweise mit den Aufgaben und Zielen von FragDenStaat, das von der OKF und Spenden getragen wird.



Teilgenommen an Konferenzen:



Erzielte Medienreichweite:



Webseitenstatistik



772.083
Seitenansichten

44.221
Downloads
(PDFs und Datensätze)



338.313
Seitenbesucher

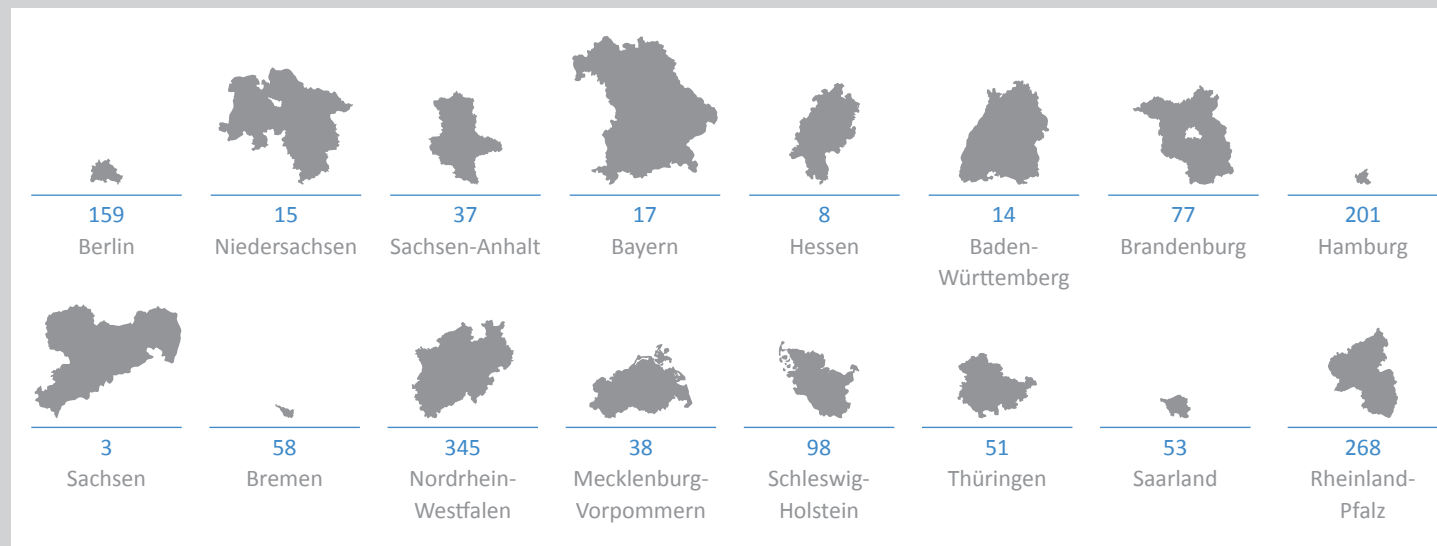


2.04 Minuten
Durchschnittliche
Aufenthaltsdauer

Insgesamt haben 2015 338.313 BesucherInnen die Seite FragDenStaat besucht. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer dabei betrug 2.04 Minuten, was weit über der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer vergleichbarer Webseiten von 40 Sekunden liegt.

Insgesamt gab es im gemessenen Zeitraum 772.083 Seitenansichten, 46.148 interne Suchen und 44.221 Downloads (PDFs und Datensätze). Die meisten BesucherInnen erreichten die Seite direkt über die Startseite und folgten von dort anderen Verlinkungen. Durchschnittlich führten die Besucher 2.6 Aktionen (Seitenansichten, Downloads, ausgehende Links) pro Besuch aus.

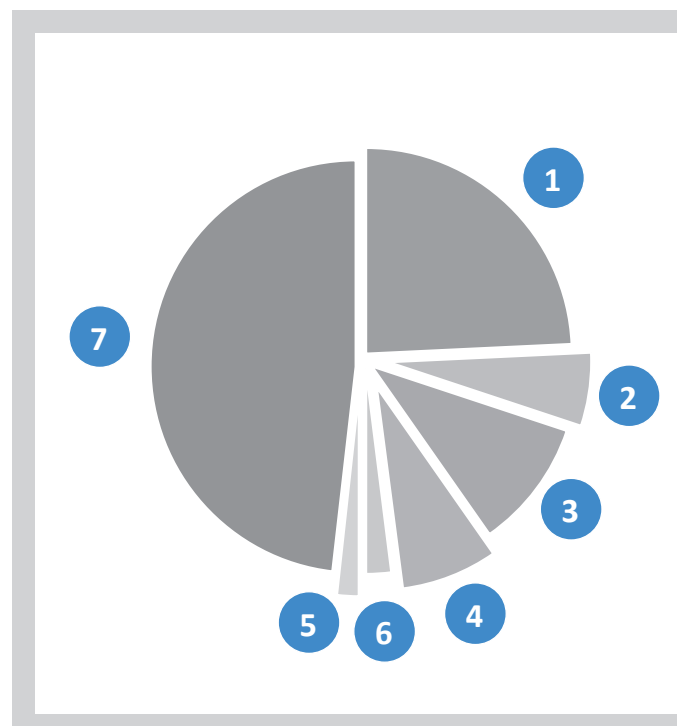
IFG-Anfrage über FragDenStaat 2015



Antwortquote

4.107 Anfragen gesamt

- 1 987: erfolgreich
- 2 241: teilweise erfolgreich
- 3 415: Information nicht vorhanden
- 4 315: abgelehnt
- 5 75: wegen Kosten zurückgezogen
- 6 81: aus anderen Gründen zurückgezogen
- 7 1967: noch nicht abgeschlossen / nicht klassifiziert



FragDenStaat-Finanzen 2015

Einnahmen

Einzelspenden	4786,00€
Dauerfinanzierung Wau-Holland-Stiftung	6000,00€
Dauerfinanzierung CORRECT!V	6000,00€
Vortragshonorare	1200,00€
	<hr/>

Ausgaben

Fahrtkosten, Promomaterial, Verpflegung	-373,90€
Gehaltskosten	-21.600,00€
	<hr/>
	-3987,90€
	<hr/> <hr/>

Die Differenz wurde durch eine Querfinanzierung durch andere Projekte des Open Knowledge Foundation e.V. ausgeglichen.

Ausblick 2016

2016 stehen einige Entwicklungen für FragDenStaat an:

Über die Plattform VerklagDenStaat.de wollen wir Ressourcen für Klagen im Bereich der Informationsfreiheit sammeln. Teil der Webseite werden Erklärungen zum Widerspruchs- und Klageverfahren, Vernetzung mit interessierten Rechtsanwälten und eine Fundraising-Möglichkeit für Klagen sein.

Die Öffnung des Wissenschaftlichen Dienstes im Bundestag ist weiterhin ein Fokus von FragDenStaat. Als Resultat der Kampagne FragDenBundestag hat sich der Bundestag bereits verpflichtet, künftig alle neuen Gutachten zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung aller älteren Gutachten ist noch nicht restlos geklärt.

Neben dem Transparenzgesetz in Thüringen stehen auch in anderen Bundesländern wie Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen Gesetzesreformen oder Evaluationen an. Wir wollen uns in die Gesetzgebungsprozesse einbringen.

Derzeit planen wir einen Relaunch von FragDenStaat, der die Verwaltung von IFG-Anfragen bequemer gestalten und die Übersichtlichkeit der Seite insgesamt verbessern soll.

Das brauchen wir:

Für die Weiterentwicklung von FragDenStaat suchen wir Developer (Python, Django, UI/UX), die uns helfen, unsere Github-Tickets ehrenamtlich oder gegen eine kleine Aufwandsentschädigung abzuarbeiten.

Außerdem brauchen wir finanzielle Unterstützung!

Wir freuen uns über Spenden von 20 € oder 50 € an:

FragDenStaat

IBAN: DE18 8309 4495 0503 0096 70

BIC: GENO DE F1 ETK

(am liebsten natürlich als Dauerauftrag).

Unser Trägerverein ist gemeinnützig, daher können wir Spendenquittungen ausstellen.

Partner



Correctiv



Wau-Holland-Stiftung



Jugendpresse
Deutschland e.V.



Transparency International
Deutschland e.V.



Mehr Demokratie e.V.



Deutsche Gesellschaft
für Informationsfreiheit
e.V.



Netzwerk für Osteuropa-
Berichterstattung e.V.



Reporter ohne Grenzen



Digitale Gesellschaft e.V.



Deutscher Journalisten-
Verband e.V.



Deutsche Journalistinnen-
und Journalisten-Union



Chaos Computer Club



netzwerk recherche e. V.



Access Info

Impressum:

FragDenStaat ist ein Projekt der gemeinnützigen Open Knowledge Foundation.

V.i.S.d.P. Arne Semsrott c/o Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.,
Singerstr. 109, 10179 Berlin
www.okfn.de, www.fragdenstaat.de, info@fragdenstaat.de

Redaktion: Nina Galla, Arne Semsrott

Gestaltung: Germaine Rankewitz

FragDenStaat-Team: Christopher Bohlens, Nina Galla, Carolin Glandorf,
Michael Hörz, Lucas Jacob, Martin Koll, Maria Reimer, Anika Schultz, Arne Semsrott,
Aylin Ünal, Andrej Warkentin, Stefan Wehrmeyer, Johanna zum Felde